

# **Stadtverwaltung Eberbach**

## **Auszug aus der Niederschrift**

**der öffentlichen Sitzung GR/03/2025 des Gemeinderats am 27.03.2025**

### **Tagesordnungspunkt 1:**

Fragestunde der Einwohner und der ihnen gleichgestellten Personen und  
Personenvereinigungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

### **Tagesordnungspunkt 2: 2025-070**

Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2025  
-Tischvorlage-

### **Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat entscheidet über die Anträge der Fraktionen.

### **Beratung:**

Stadtkämmerer Wieser erläutert die Beschlussvorlage und die weitere Vorgehensweise.

Sodann wird jeder Antrag kurz erläutert und darüber einzeln Beschluss gefasst.

#### Antrag 1 der AGL-Fraktion:

Kapitaleinlage der Stadt von 700.000 € bei den Städtischen Diensten, um den  
Hallenbadneubau fortzuführen.

Stadtrat Stumpf fasst die Begründung zusammen.

Seitens der anderen Fraktionen wird Zustimmung zur Stellungnahme der Verwaltung  
signalisiert, womit der Antrag der AGL abgelehnt werden würde.

Bürgermeister Reichert bittet um die Abstimmung. Die Mitglieder des Gemeinderats lehnen  
den Antrag mit 4 Ja- Stimmen, 14 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich ab.

#### Antrag 2 der AGL-Fraktion:

Einstellung von 30.000 € für Sofortmaßnahmen zur Umsetzung des Mobilitätskonzepts.

Stadtrat Polzin bittet darum, kleinere Maßnahmen direkt durchzuführen.

Stadtrat Hellmuth bittet um eine Umsetzung der Einbahnstraßenöffnung für Radfahrer.

Bürgermeister Reichert bittet sodann um die Abstimmung. Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Antrag der AGL einstimmig zu.

#### Antrag 3 der AGL-Fraktion:

Der Beginn der Sanierung des Gebäudes der Stadtförsterei ist von 2026 auf 2025 vorzuziehen. Im Haushalt 2025 sind dafür 160.000 € einzustellen und in 2026 nochmals 200.000 €.

Stadträtin Thomson erläutert kurz die Begründung.

Bürgermeister Reichert bittet um die Abstimmung. Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen mit 3 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen sowie 0 Enthaltungen mehrheitlich gegen den Antrag der AGL-Fraktion.

#### Antrag 4 der AGL-Fraktion:

Für die Umstellung der Busflotte der SDE auf Elektrobusse sollten in der mittelfristigen Finanzplanung Investitionen eingestellt werden.

Stadtrat Stumpf nimmt kurz Stellung zur Begründung des Antrags und der Stellungnahme der Verwaltung. Wenn die darin vorgeschlagene Zeitschiene eingehalten und dieses Thema weiter geplant werde, werde der Antrag hiermit zurückgezogen.

### **Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen einzeln über die Anträge der Fraktionen ab.

### **Tagesordnungspunkt 3: 2025-065**

Haushaltssatzung 2025 der Stadt Eberbach

### **Beschlussantrag:**

1. Der Gemeinderat beschließt die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Eberbach für das Haushaltsjahr 2025 inklusive aller Bestandteile und den gesetzlich erforderlichen Anlagen sowie den darin eingearbeiteten Änderungen aus der Ergänzungsliste zum Haushaltsentwurf.
2. Der Finanzplanung bis zum Jahr 2028 sowie dem Stellenplan wird zugestimmt.

## **Beratung:**

Bürgermeister Reichert schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3-5 gemeinsam zu beraten, die Abstimmung aber jeweils getrennt durchzuführen.

Nachdem es hierzu keine Einwände gibt, ruft Bürgermeister Reichert die Tagesordnungspunkte 3-5 gemeinsam auf.

Stadtkämmerer Vieser erläutert zur Haushaltssatzung sowie zu den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebs „Städtische Entwässerung Eberbach“ sowie der Städtische Dienste Eberbach.

Es folgen die einzelnen Haushaltsreden der Fraktionen:

Stadtrat Wessely beginnt mit der Rede für die Freien Wähler:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen des Rats, meine Damen und Herren,

### **I. Kommunaler Haushalt**

Die Zahlen des Haushalts 2025 liegen vor, Herr Vieser hat sie gerade noch einmal vorgetragen. So ersparen wir uns, nochmals auf die Zahlen im Detail einzugehen.

Im letzten Jahr haben wir FWE darauf hingewiesen, dass die Windstärke bei den finanziellen Verhältnissen der Stadt zumindest auf „steifer Brise“ stehen. Unsere Befürchtungen, dass dieses Jahr „Sturm“ auf dem Finanzbarometer angezeigt wird, hat sich leider bestätigt. Der Druck sowohl von der Einnahmen- wie auch der Ausgabenseite wächst. Preissteigerungen, Zuweisungskürzungen, Kreis- Umlage-Erhöhung, neue Tarifabschlüsse..., die Liste ließe sich noch eine Weile fortsetzen. Einnahmen sind immer schwerer kalkulierbar, die Belastungen mittels Steuern sind für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen bereits auf einem hohen Niveau, die Gestaltungsmöglichkeiten sind hier inzwischen nahezu ausgereizt.

„Ausgabenkritik“ ist das Gebot der Stunde:

Pflichtaufgaben heißen so, weil sie Pflicht sind, freiwillige Aufgaben eben weil sie freiwillig sind. Das Haushaltsrecht als „Königsrecht“ der kommunalen Selbstverwaltung zu bezeichnen ist richtig, heißt aber zwingend, zunächst müssen mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen die Pflichtaufgaben erfüllt werden, und dies zusätzlich nach Prioritäten. Die evtl. Realisierung von Wünschen hat hier generell hinten an zu stehen, sollten auch sie noch so wünschenswert sein. Auch die Haushaltsaufstellung und Genehmigung durch den Rat ist nur eine Art Rahmenvereinbarung, innerhalb derer man sich bewegen kann. Bei jeder größeren Entscheidung muss aber in den Ausschüssen oder im GR bei Vorlage der Drucksache wieder neu bewertet und entschieden werden. Weltpolitische, bundespolitische und sonstige Umstände können von heute auf morgen dazu führen andere Prioritäten zu setzen. Eine Haushalts- Entscheidung heute, kann morgen schon Makulatur sein.

Die Hoffnung nur auf den neuen möglichen Geldsegen aus Berlin zu legen, wäre kontraproduktiv und viel zu kurz gesprungen, da wir noch lange nicht wissen, wie die Mittel verteilt werden und was überhaupt bei den Kommunen ankommen wird. Und einfach ein eigenes Sondervermögen anlegen, das wird wohl nicht funktionieren.

Daher können wir als FWE immer nur darauf hinwirken, dass nur tatsächlich notwendige Investitionen ins Auge gefasst werden.

Rein optisch wird der Kernhaushalt aus Schuldensicht bessergestellt, da ein Eigenbetrieb für die Abwasserentsorgung gegründet wurde und die dazugehörigen Vermögens- und auch Schuldenwerte ausgegliedert wurden. Dies war ein sinnvoller Schritt, der jetzt umgesetzt wurde. Herr Vieser und sein Team haben das in rekordverdächtiger Zeit geschafft. Vielen Dank hier an die Beteiligten! Das kann aber nicht bedeuten, diese freigewordenen Teile jetzt für andere Dinge als Pflichtaufgaben zu nutzen. Denn der Schuldenstand hat sich im konsolidierten Haushalt, also alle Teilhaushalte zusammen, nicht verändert. Die stehen weiterhin geplant zum Ende des Jahres bei rd. 43,3 Mio. Euro.

Ein Beispiel für eine Pflichtaufgabe ist im später folgenden Minderheiten- Antrag der FWE für einen Neubau der Sporthalle der Gemeinschaftsschule im Schulzentrum Nord zu erkennen. Dazu wird Stadtrat Geilsdörfer beim entsprechenden TOP noch Ausführungen machen. Auch das zeitliche Verschieben von notwendigen Pflichtaufgaben macht die Sache nicht besser. Denn dann wird es später noch teurer. Damit haben die meisten wahrscheinlich schon einmal eigene Erfahrungen gemacht.

Lichtblicke aus dem vergangenen Jahr, wie z.B. die Windkraft, müssen aufgrund der finanziellen Situation des Projektierers neu bewertet werden. Die Notwendigkeit der Windkraft für Eberbach steht für den überwiegenden Teil von uns außer Frage.

## II. SDE

Weitere Belastungen, die auf den Haushalt zukommen sind auch die SDE. Während in den vorangegangenen Jahren die Ertragssparten Gas und Strom immer wieder zum Ausgleich der defizitären Sparten herangezogen werden konnten, wird das in Zukunft aufgrund des Marktumfelds in der sich die Stadtwerke GmbH bewegt, nicht mehr oder zumindest nicht mehr in den bisherigen Dimensionen möglich sein. Dies bedeutet auch hier werden verstärkt Zuzahlungen aus dem Kernhaushalt notwendig sein. Umso mehr, wenn zusätzliche Aufgaben auf die SDE kommen sollten, die wünschenswert, aber nicht finanzierbar sind. Aber eigene SDE und Stadtwerke GmbH sind unseres Erachtens eine zwingende Notwendigkeit, um das Angebot an Energieversorgung oder auch eines selbstbestimmten ÖPNV für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

## III. Forst

Der Forst bereitet sich auf die sich verändernden Umwelt-Bedingungen vor. Das letzte Jahr war positiv für den Wald, weil ziemlich nass. Der Sturm- und Käferholzanteil niedrig. Was sich im Jahr 2025 ergibt, müssen wir abwarten.

Auf jeden Fall ist nachhaltige Waldwirtschaft oberstes Gebot, welches vom Forst auch so gelebt wird.

Die Zusammenarbeit mit der Mountainbike-Community oder den Jägern sind unseres Wissens auf einem guten gemeinsamen Weg. Der Wald hat als Wirtschaftsraum, als Erholungsraum, Wildhegeraum und anderes viele Funktionen, die unter einen Hut gebracht werden müssen. Durch die Kommunikation untereinander und miteinander wird das auch in Zukunft gewährleistet sein. Inwieweit eventuelle Erträge zum Haushalt beitragen können, wird sich über das Haushalts-Jahr ergeben, da die Natur ihren eigenen Gesetzen folgt.

Grundsätzlich haben wir mit der Verwaltung und dem Gemeinderat in den letzten

Jahren viel erreicht und einige seit langem aufstehende Aufgaben abgearbeitet. Trotzdem werden die Aufgaben in der Verwaltungs- und Gemeinderatsarbeit nicht weniger und auch nicht gerade leichter. Aber es ist immer spannend und interessant.

Kernaussage und Kernvorgabe für den Haushalt 2025, aber auch für die gemeinsame Eckwertplanung schon für 2026, die demnächst stattfindet, wird bleiben:

„Am Machbaren und in der Praxis umsetzbaren orientieren!“

Wir danken dem Kämmerer, Herrn Wieser, und seinem Team für die geleistete Arbeit beim Aufstellen des Haushalts. Weiterhin geht unser Dank auch an die Mitarbeiter/innen der SVE, die uns bei Anfragen oder Rückfragen immer wieder, auch auf dem kleinen Dienstweg, unterstützt haben.“

Sodann folgt die Haushaltsrede von Stadtrat Scheurich für die SPD-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reichert, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

wir sind heute zusammengekommen, um den Haushalt für das Jahr 2025 zu verabschieden, der als Grundlage für unsere Arbeit und das Wohl unserer Stadt dient.

Dank der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland konnten in den letzten Jahren bis 2023 hohe Steuereinnahmen und Zuweisungen erzielt werden. Dadurch war es uns möglich, wichtige Projekte zu realisieren, ohne auf Kredite zurückgreifen zu müssen.

Bereits im letzten Haushalt wurde deutlich, dass sich diese Situation künftig ändern könnte. Positiv zu vermerken ist, dass von den ursprünglich vorgesehenen 7,5 Millionen Euro an Kreditaufnahmen tatsächlich keine benötigt wurden. Für das Jahr 2025 besteht die Möglichkeit einer Kreditaufnahme von 2,9 Millionen Euro.

Die im vergangenen Jahr stark gestiegenen Energie-, Material- und Dienstleistungskosten werden voraussichtlich weiterhin ansteigen, wenn auch in etwas gemäßigerem Tempo als im Vorjahr. Auch sind steigende Personalkosten zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund sind wir intensiv in die Haushaltsberatungen eingetreten. In vier Klausursitzungen haben wir über Einsparungen, Verschiebungen und Verbesserungen der Einnahmen und Ausgabenseite diskutiert. Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation sind bereits in den Haushaltsentwurf eingeflossen. Es konnte eine Ergebnisverbesserung von rd. 1,5 Mio. € erreicht werden.

Des Weiteren wurden bereits verschiedene Miet-, Steuer und Gebührenanpassungen direkt umgesetzt. Hier ist es besonders wichtig, diese Posten in kürzeren Zeiträumen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen, um auch weiterhin eine solide Finanzplanung sicherzustellen. Im Laufe des Jahres ist noch die Anpassung der Vergnügungssteuer vorgesehen.

Leider ist der Haushaltsentwurf 2025 nicht ausgeglichen. Trotz großer Bemühungen lässt die derzeitige schwierige Lage dies nicht zu.

Die SPD-Fraktion betrachtet auch die Entwicklung der Kreisumlage mit großer Sorge. Diese wurde innerhalb von 2 Jahren um 2 Millionen Euro erhöht. Weitere derart dramatische Erhöhungen sind von Seiten der Stadt Eberbach nicht mehr zu finanzieren.

In Bezug auf die Windräder auf dem Hebert ist leider eine Verzögerung eingetreten. Der künftige Pächter des Windkraftstandorts hat mitgeteilt, dass er den Windpark „wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit“ nicht errichten kann und bat um die Aufhebung des Vertrages.

Es bleibt zu hoffen, dass wir hier zeitnah eine seriöse Lösung finden. Gerade in der aktuellen und auch in der nahen Zukunft kann die Stadt Eberbach die zusätzlichen Einnahmen aus dem zu erwartenden Pachtzins dringend gebrauchen.

Die Stadt Eberbach hat eine Vielzahl an Pflichtaufgaben zu erfüllen, bei denen insbesondere im Bausektor hohe Aufwendungen erforderlich sind, um die vorhandenen Strukturen zu erhalten. Das Einsparpotenzial ist hier jedoch eher gering, da diese Posten schon seit längerem auf ein Minimum reduziert wurden oder verschiedene Projekte bereits mehrfach verschoben worden sind.

Leider mussten wir auch beim Projekt „Neubau Hallenbad“ einen herben Rückschlag hinnehmen. Die aktuelle finanzielle Situation lässt eine derartige Investition momentan nicht in einem seriösen Rahmen zu. Hier sehen wir sowohl den Bund als auch das Land in der Pflicht, weitere Fördergelder bereitzustellen, damit auch in Zukunft das Schwimmen gelehrt werden kann.

Die Durchführung dieser Maßnahme erscheint uns unter den derzeit bekannten Umständen mittelfristig jedoch als alternativlos. Das Freibad lässt sich ohne umfangreiche Investitionen von mehreren Millionen Euro nicht weiter betreiben. In den kommenden Wochen und Monaten stehen uns in diesem Bereich sicherlich noch schwierige Diskussionen und Entscheidungen bevor.

Auch das Projekt „Skateranlage“, welches bereits seit langem geplant ist, konnte in 2024 aus verschiedenen Gründen nicht umgesetzt werden. Hier wünschen wir uns nun eine zügige Realisierung, da wir in gewisser Weise auch den Jugendlichen gegenüber ein Versprechen abgegeben haben.

Ein weiteres Herzensanliegen in der Kategorie der freiwilligen Aufgaben ist der Neubau eines Jugendhauses. Wir können nachvollziehen, dass in der derzeitigen wirtschaftlichen Lage keine 600.000 bis 700.000 Euro für einen Neubau eingeplant werden können. Es freut uns jedoch, dass auf unseren Antrag hin ein kleinerer Betrag für eine einfachere Lösung im Haushaltsplan vorgesehen ist.

Auch hier möchten wir im Laufe dieses Jahres zu einem Ergebnis kommen und die Umsetzung vorantreiben.

An dem Ziel der Klimaneutralität 2035 halten wir weiterhin fest. Erste Schritte, um aufzuzeigen, welcher Weg genommen werden muss, sind bereits in Form des Meilensteinplans und der Vorlage des Quartierskonzeptes erfolgt. Des Weiteren wird in verschiedenen Arbeitsgruppen, wie z.B. der Klimawerkstatt, intensiv an Lösungen gearbeitet. Auch bei der kommunalen Wärmeplanung erwarten wir in diesem Jahr erste Ergebnisse.

Die größte Herausforderung hierbei ist, dass eine Vielzahl von Maßnahmen zur Zielerreichung erforderlich ist und diese alle in der richtigen Reihenfolge umgesetzt werden müssen. Man muss dieses Ziel natürlich realistisch betrachten: Ohne massive finanzielle Unterstützung von Bund und Land sowie möglicherweise weiterer Fördermittel ist die Klimaneutralität im angestrebten Zeitraum nicht zu erreichen. Dennoch sehen wir darin kein Hindernis, an diesem Ziel festzuhalten, da der Weg dorthin ohnehin aufgezeigt werden muss.

Im Bereich des Feuerwehrwesen ist die Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans kurz vor dem Abschluss. In den kommenden Jahren stehen weitere wichtige Investitionen in Gebäude, Fahrzeuge und Technik der Feuerwehren, auch in den Ortsteilen, an. Wir sehen

die Vorlage des Feuerwehrbedarfsplans als Voraussetzung um weitere investive Entscheidungen zu treffen.

Der vorgelegte Forsthaushalt zeigt weiterhin gute und zufriedenstellende Ergebnisse. Die Jagdpachten konnten erfreulicherweise verlängert beziehungsweise neu vergeben werden.

Die Einrichtung der Personalstelle des Wirtschaftsförderer lässt sich im städtischen Haushalt kaum direkt messen. Dennoch wird unserer Meinung nach hier eine wichtige Brücke zwischen Stadt und gewerbetreibende geschlagen.

Der Eigenbetrieb „Städtische Dienste Eberbach“ wird erneut mit einer Kapitaleinlage ausgestattet. Aufgrund der zum Teil verlustbringenden Sparten gibt es nur wenig Gestaltungsspielraum das Ergebnis zu verbessern.

Die durch die Kämmerei vorgeschlagene Auslagerung der Abwasserbeseitigung in einen neuen Eigenbetrieb „Städtische Entwässerung Eberbach“ begrüßen wir. Zwar handelt es sich dabei nur um eine bilanzielle Verschiebung, dennoch wird durch diese Maßnahme die rein gebührenfinanzierte Abwasserbeseitigung transparenter im Haushalt dargestellt.

Zum Schluss möchten wir uns bei unseren Gemeinderats Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Haushaltsjahr bedanken. Ebenso möchten wir uns bei der gesamten Verwaltung, insbesondere bei Herrn Wieser und seinem Team, für die Aufstellung des Haushaltsplanes und auch der übrigen Arbeit bedanken.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2025 sowie den Wirtschaftsplänen der „Städtischen Dienste Eberbach“ und der „Städtische Entwässerung Eberbach“ zu.“

Als nächstes trägt Stadtrat Schulz die Haushaltsrede für die CDU-Fraktion vor:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reichert,

werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Der Haushalt 2025 steht nun vor der Verabschiedung.

Mit ordentlichen Erträgen von 45,7 Mio. Euro und ordentlichen Aufwendungen von knapp 46,8 Mio. Euro weist der Ergebnishaushalt damit ein Defizit von knapp 1,1 Mio. Euro aus.

Wir möchten die erste Haushaltsrede in dieser Legislaturperiode neben einer Analyse nutzen, auch einen Ausblick auf die Zukunft zu wagen.

Die in den letzten Jahren noch vorhanden liquiden Mittel sind mittlerweile weitgehend aufgebraucht. Diese sind weitgehend in Erneuerung bzw. Neuschaffung von wichtiger Infrastruktur geflossen ist. Aus unserer Sicht ein wichtiger und richtiger Schritt, der konsequent weitergehen muss.

Nun – am Ende der liquiden Mittel stehen aber immer noch viele unfinanzierte Infrastrukturprojekte an. Vieles muss ab jetzt zum Großteil kreditfinanziert werden.

Die seitens der Verwaltung anvisierten Erträge aus der Verpachtung des Hebert für Windkraftanlagen sind aktuell völlig offen, weder in der Höhe noch im Zeitpunkt sicher absehbar.

Daher sollten zukünftig notwendige Kreditaufnahmen sich primär auch auf notwendige Investitionen beschränken, zumindest der Ergebnishaushalt sollte weitgehend ausgeglichen sein.

Es ist umso wichtiger, dass der Gemeinderat weiter erfolgreich einen Konsolidierungskurs im Haushalt betreibt. Investitionen müssen dabei klar priorisiert und vor allem freiwillige Aufgaben und Ausgaben kritisch überprüft werden. Dafür ist es notwendig, weiterhin ergebnisoffen und ohne Tabus alle Ausgaben einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Ob und wie es mit dem Hallenbad-Neubau weitergeht ist im Moment völlig offen, sollte aber zeitnah durch den Gemeinderat entschieden werden um für alle Beteiligten Planungssicherheit zu haben.

Grundsätzlich haben kommunale Pflichtaufgaben Vorrang vor freiwilligen Aufgaben, das ist und war für uns immer grundsätzliche Maxime bei unseren Entscheidungen. Die Auslagerung der Abwasserbeseitigung in einen Eigenbetrieb entlastet den städtischen Haushalt nur vordergründig, da auch die finanziellen Belastungen des Eigenbetriebes durch die Stadt getragen werden müssen. Daher ist der Rückgang der Pro-Kopf-Verschuldung von 1137 auf 546 Euro kein wirklicher Indikator, dass es der Stadt finanziell besser geht.

Sorgen bereitet uns auch, dass der finanzielle Zuschuss der Stadt für die Städtischen Dienste Eberbach mittlerweile weit über 3 Mio. Euro liegt und durch die Gewinnabführung der SWE GmbH bei weitem nicht mehr decken lässt.

Entscheidend wird mittelfristig sein, dass die SWE GmbH und die Enkelgesellschaft SWEE zur Energieerzeugung zukünftig gut aufgestellt sein wird und dauerhaft Überschüsse an die SDE abführen kann. Aufgrund der Unsicherheiten und Dynamik im Strom- und Gasmarkt ist dies aber nicht zwingend, so dass auch hier weitere Risiken nicht auszuschließen sind, die wiederum einen indirekten negativen Rückkopplungseffekt auf den Gesamthaushalt der Stadt Eberbach haben würden

Aus Sicht der CDU Fraktion sollte sich der Gemeinderat auch nochmals mit diesem Thema beschäftigen.

Auch der massive Anstieg der Kreisumlage um ca. 1,2 Mio. Euro hat die Anstrengungen des Gemeinderates für einen ausgeglichenen Haushalt konterkariert. Es ist mehr als ärgerlich, dass die Kommunen unter Entscheidungen des Kreises leiden müssen und diese letztendlich durch die Steigerung der Kreisumlage auch bezahlen müssen.

Zum Forst:

Der Bereich Forst sieht sich immer wieder mit externen Herausforderungen wie z.B. der Käferproblematik und den Folgen der Klimaveränderungen sowie Preisänderungen auf dem Holzmarkt konfrontiert. Wir sind aber optimistisch, dass der Forst in seiner aktuellen Struktur und Herangehensweise den Eberbacher Wald effektiv an die klimatischen Veränderungen der Zukunft adaptieren wird. Auch die Ausbildung eigener Mitarbeiter ist zu begrüßen.

„Prognosen sind schwierig, insbesondere wenn sie die Zukunft betreffen.“ Selten war dieses Zitat für den Eberbacher Haushalt zutreffender als heute.

- Wie geht es weiter mit Windkraftanlagen auf dem Hebert, insbesondere zu welchen Konditionen?
- Wie geht es weiter mit einem möglichen Neubau des Hallenbades?
- Wie entwickeln sich Steuereinnahmen und Kreisumlagen?

- Wie kommt das beschlossene Infrastrukturgpaket über 500 Mrd. Euro Eberbach zu Gute?

Aktuell ist vielen offen und im Fluss – „Panta Rhei“ – alles fließt, würden die Griechen des Altertums sagen.

Angeichts dieser Erkenntnis gilt:

Wir müssen mit den begrenzten finanziellen Mitteln priorisiert für die Zukunft investieren. Dabei müssen die Projekte weiter durch engmaschiges Kostencontrolling gesteuert, die Wirtschaftlichkeit von Investitionen muss verstärkt werden und die Sinnhaftigkeit von freiwilligen Ausgaben ohne Tabus kritisch hinterfragt werden.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2025 sowie dem Wirtschaftsplan der SDE zustimmen!

Wir bedanken uns bei der Stadtkämmerei und den Mitarbeitern der Verwaltung bzw. des Forstes für die kooperative Zusammenarbeit.“

Sodann folgt die Haushaltsrede von Stadtrat Stumpf für die AGL-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Reichert, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende,

die Aufstellung des Haushaltsplans 2025 gestaltete sich wegen stagnierender Einnahmen und steigender Ausgaben z.B. für Löhne und Gehälter aber auch verschiedener Umlagen als schwierig. Allein die Kreisumlage ist um 1,15 Mio auf 7,4 Mio gestiegen. Diese Steigerung ist vor allem dem Verlustausgleich der GRN-Kliniken geschuldet.

Nach 3 Klausurtagungen des Gemeinderats, die sich mit Einsparmöglichkeiten und Einnahmeverbesserungen beschäftigt haben, liegt nun ein Haushalt vor, der ein Defizit im Ergebnishaushalt von 894.000,- € ausweist aber keine Neuverschuldung vorsieht. In Anbetracht der mangelnden Finanzkraft der Kommunen ist das ein respektables Ergebnis.

Durch konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister, Kämmerei, Verwaltung und Gemeinderat ist es gelungen Einsparungen und Einnahmeverbesserungen von 1,3 Mio zu erreichen.

Die AGL hat bei den Haushaltsberatungen eine Sparliste von über 1 Mio und Einnahmeverbesserungen von ca ½ Million vorgelegt. Wenn auch nicht alle AGL-Vorschläge umgesetzt wurden, sind Einsparungen von über 1 Mio ein gutes Ergebnis.

Durch diese Einsparungen konnten die von der Verwaltung vorgeschlagenen Mehreinnahmen über die Grundsteuer, die vom Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt wurde, kompensiert werden. Ein positiver Aspekt für die Bürgerinnen und Bürger.

Nach dieser allgemeinen Betrachtung möchte ich auf verschiedene uns als AGL wichtige Bereiche eingehen.

#### 1. Die Gründung des Eigenbetriebs Städtische Entwässerung

Ab 1.1.2025 gibt es neben den Städtischen Diensten einen 2. Eigenbetrieb, der zuständig ist für die Stadtentwässerung und Kläranlage. Zukünftig werden alle Investitionen in diesem Bereich vom Eigenbetrieb getätigt. Auch die Schulden für diesen Bereich wurden vom Kernhaushalt auf den Eigenbetrieb übertragen. Das bedeutet, dass der Schuldenstand des Kernhaushalts sich von 14,5 Mio Ende 24 auf 3,8 Mio in 2025 reduziert hat. Diese Zahlen zeigen, dass 75% der Schulden in Kläranlage und Kanälen, einer Pflichtaufgabe, stecken. Natürlich sind diese Schulden nicht weg, sondern finden sich im Eigenbetrieb wieder. Alle Investitionen in diesem Bereich sind rentierliche Investitionen, da sie über die

Gebühren wieder zurückfließen. Das trifft auch auf die Schulden zu.  
Ein schöner Nebeneffekt ist, dass Eberbach nun weit davon entfernt ist, die meistverschuldete Gemeinde im RNK zu sein.

## 2. Klimaneutralität

Sehr erfreulich ist, dass es mit der Klimaneutralität Eberbachs Schritt für Schritt voran geht.

Hierzu ein paar Beispiele:

- Bis 2028 sollen alle städtischen Dächer, die geeignet sind, mit PV Anlagen bestückt sein. Darüber gibt es einen Vertrag mit der SWE.
- Die energetische Sanierung städtischer Gebäude wird angegangen. In diesem Haushalt stehen Mittel für die Steige Grundschule und das Dorfgemeinschaftshaus Pleutersbach. Dennoch sind wir der Meinung, dass hier mehr Tempo erforderlich ist. Deshalb haben wir auch beantragt, das Gebäude der Stadtförsterei vorzuziehen.
- Nahwärmekonzepte wurden bzw. werden erstellt. Nun muss es an die Umsetzung gehen. Wir sind davon überzeugt, dass die Stadtwerke, was Ausbau und Kundengewinnung betrifft, auf einem guten Weg sind.
- Das Mobilitätskonzept wurde in 2024 fertiggestellt. In diesem Konzept sind viele sehr gute Vorschläge den innerstädtischen Verkehr klimafreundlicher zu gestalten. Es muss nun darum gehen, dieses Konzept schrittweise umzusetzen. Die von uns beantragten 30.000,- € in 2025 können nur ein erster Schritt sein. Wir werden darauf achten, dass dieses Konzept schrittweise in den nächsten Jahren umgesetzt wird und nicht wie manch andere Konzepte (z.B. Prima Klima) in der Schublade verstauben.
- Umstellung der Busflotte der SD auf Elektrobusse

Hier möchte ich auf unseren Antrag verweisen und betonen, dass wir erwarten, dass wie die Verwaltung angekündigt hat, in 2025 ein belastbares Konzept erarbeitet wird und ab 2026 finanzielle Mittel in der Finanzplanung eingestellt werden. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir keine vorhandene Dieselflusse vorzeitig ausrangieren wollen, wir erwarten aber, dass wenn ein alter Bus ersetzt werden muss, dann ein Elektrobus beschafft wird.

## 3. Forst

Der Forsthaushalt weist in der Holzproduktion Erträge von 377.000,- € aus. Dem stehen Ausgaben im Bereich Schutz- und Sozialfunktion (für Verkehrssicherung und touristische Nutzung des Waldes) Ausgaben in Höhe von 380.000,- € gegenüber, d.h. es wird für diesen Kernbereich eine schwarze Null prognostiziert. Negativ wird das Forstergebnis durch die interne Verrechnung und insbesondere durch die fiktive Verzinsung des Anlagekapitals.

Uns muss bewusst sein, dass der Forst auch zukünftig keine großen Gewinne erwirtschaften wird. Dafür gibt es mehrere Ursachen:

- Der Klimawandel, der mehr Trockenheit und Stürme bedeutet, ist Ursache dafür, dass Holzeinschläge z.T. zu 45 % wegen dieser Kalamitäten erfolgen mussten.
- Die Fichte galt bisher als der „Brotbaum“ der Waldbesitzer. Da aber gerade die Fichten unter dem Klimawandel besonders leiden, muss auf klimaresistentere Baumarten gesetzt werden.
- Die zu hohe Wilddichte in Eberbachs Wäldern führt zu hohen Schälschäden, die den Wert des Holzes deutlich beeinträchtigen.

Wir wissen, dass die Mitarbeitenden im Bereich Forst ihr Bestes tun, um auch zukünftigen Generationen einen gesunden Wald zu erhalten. Dafür vielen Dank.

#### 4. Hallenbad

Ein Hallenbad ist für die Eberbacher Schulen, Vereine, BürgerInnen aber auch als Attraktivität für Touristen und als weicher Standortfaktor wichtig. Die AGL hat sich schon immer für den Erhalt bzw. den Neubau des Hallenbades eingesetzt und wir werden das auch weiterhin tun.

Nachdem nun weitere Fördermittel vom Land in Aussicht gestellt sind (s. Mitteilung von MdL Katzenstein und MdL Schütte), muss der beschlossene „Baustopp“ beendet werden und zügig mit dem Bau begonnen werden, um keine bereits bewilligten Zuschüsse (es geht hier um über 4 Mio) zu verlieren. Planungen liegen vor, die Pläne sind genehmigt. Jetzt geht es darum, die Ausschreibungen zu tätigen um zumindest im Herbst mit dem Abriss der Umkleide, was schon für letztes Jahr vorgesehen war, beginnen zu können. Auch wenn unser Antrag auf Bereitstellung von 700.000,- € abgelehnt wurde, erwarten wir einen Baubeginn in 2025.

Die AGL stimmt dem Haushaltsplan der Stadt und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Städtische Dienst und Stadtentwässerung zu.

Wir bedanken uns bei Herrn Wieser und seinem Team aber auch bei den MitarbeiterInnen der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit.“

Bürgermeister Reichert bittet im Anschluss an die Haushaltsreden um die Abstimmung über den Beschlussantrag des Tagesordnungspunkt 3.

#### **Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen einstimmig für den Beschlussantrag.

#### **Tagesordnungspunkt 4: 2025-067**

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Städtische Entwässerung Eberbach" für das Jahr 2025

#### **Beschlussantrag:**

1. Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Städtische Entwässerung Eberbach (SEE)“ für das Wirtschaftsjahr 2025 wird, inklusive den gesetzlich erforderlichen Anlagen, beschlossen.
2. Der Finanzplanung des Eigenbetriebs „Städtische Entwässerung Eberbach“ bis zum Jahr 2028 wird zugestimmt.

#### **Beratung:**

Die Beratung des Tagesordnungspunktes ist unter dem Tagesordnungspunkt 3 protokolliert. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen einstimmig für den Beschlussantrag.

**Tagesordnungspunkt 5: 2025-054**

Wirtschaftsplan und Finanzplanung der Städtische Dienste Eberbach für das Jahr 2025

**Beschlussantrag:**

1. Der Wirtschaftsplan der Städtische Dienste Eberbach für das Wirtschaftsjahr 2025 wird beschlossen.
2. Der Planungsübersicht (Finanzplanung) der Städtische Dienste Eberbach für die Wirtschaftsjahre 2024 bis 2028 wird zugestimmt.
3. Dem Stellenplan 2025 wird zugestimmt.

**Beratung:**

Die Beratung des Tagesordnungspunktes ist unter dem Tagesordnungspunkt 3 protokolliert. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen einstimmig für den Beschlussantrag.

**Tagesordnungspunkt 6:**

Sachstandsbericht neue KITA Schafwiesenweg  
-ohne Beschlussvorlage-  
Information

**Beratung:**

Verwaltungsmitarbeiter Uhrig gibt einen kurzen Überblick über die Fertigstellung und den Einzug in die neue Kindertagesstätte im Schafwiesenweg. Der Einzug der Einrichtungen habe im Dezember begonnen, zeitgleich seien jedoch auch noch Bauarbeiten durchgeführt worden. Der tatsächliche Umzug sei dann im Januar erfolgt, anfangs sei auch noch an einigen Stellen improvisiert worden.

Zu Beginn habe man noch eine Behelfsküche eingerichtet, bevor die bestellte Küche eingebaut werden konnte.

Verwaltungsmitarbeiter Lang übernimmt den Bericht zum baulichen Ablauf. Die Fertigstellung des Gebäudes sollte dabei bereits im September erfolgen. Durch Nacharbeiten bei den Trockenbauarbeiten habe sich jedoch leider alles verzögert.

Bis Ende Dezember sei der Großteil der Arbeiten erledigt worden.

Derzeit gebe es noch Probleme im Eingangsbereich. Die zuständige Firma sei inzwischen insolvent, daher müsse noch eine kurzfristige Lösung gefunden werden.

Außerdem tauchen immer wieder Kleinigkeiten auf, die noch nachgebessert werden müssten.

Bürgermeister Reichert ergänzt, dass die Einrichtungsleitungen das Gebäude sehr schätzen und sich über die neue Einrichtung freuen.

Stadtrat Eiermann erkundigt sich nach einem Einweihungstermin. Außerdem bittet er nach Abschluss aller Arbeiten um einen detaillierten Kostenüberblick samt Begründung zu den Mehrkosten.

Bürgermeister Reichert teilt mit, dass von den Einrichtungen ein Tag der offenen Tür geplant werde. An diesem Tag soll es im Anschluss einen Festakt geben.

Stadtrat Schulz befürchtet, dass der Außenbereich etwas zu klein sei und fragt, ob es von den Einrichtungen schon Rückmeldungen dazu gebe.

Verwaltungsmitarbeiter Lang erklärt, dass der Platz laut den Einrichtungen ausreichend wäre.

Stadtrat Röderer erkundigt sich nach ausreichendem Sonnenschutz.

Verwaltungsmitarbeiter Lang teilt mit, dass dies bereits in Planung sei.

### **Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats nehmen die Informationen zur Kenntnis.

### **Tagesordnungspunkt 7: 2025-040/1**

Umbau barrierefreie Bushaltestellen 3. BA Pleutersbach und Brombach hier; Vorstellung der Entwurfsplanung und Freigabe zur Umsetzung

### **Beschlussantrag:**

1. Die Entwurfsplanung wird in finanzieller, technischer und zeitlicher Hinsicht, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, anerkannt und zur Umsetzung freigegeben.
2. Das Ingenieurbüro Walter und Partner, Heilbronn wird mit den weiteren benötigten Ingenieurleistungen in Höhe von 39.000,- € brutto, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, beauftragt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen im dargestellten Kostenrahmen vorzunehmen

4. Die Finanzierung der Maßnahme in Höhe von ca. 540.000,- erfolgt über den Investitionsauftrag I54100007160 „Umbau barrierefreie Haltestellen“. Dort stehen für die Maßnahme 210.000 € zur Verfügung.
5. Der Gemeinderat stimmt den überplanmäßigen Aufwendungen bei dem Investitionsauftrag I54100007160 in Höhe von 330.000,- € brutto zu.

### **Beratung:**

Bürgermeister Reichert begrüßt Herrn Spitznagel vom Ingenieurbüro Walter und Partner aus Heilbronn, der zu diesem Tagesordnungspunkt eingeladen worden ist.

Herr Spitznagel erläutert die Planungen.

Seitens des Gremiums werden die Kosten hinterfragt, da sie allen relativ hoch erscheinen. Außerdem wird gefragt, wie mögliche Förderungen für die Maßnahmen aussehen könnten.

Stadtkämmerer Wieser erklärt, dass das Förderverfahren bei den Bushaltestellen recht komplex aussehe und man die Förderung auch erst nach der heutigen Entscheidung konkret beantragen könne. Die Förderung werde aber sicherlich weniger als 50-70% sein.

Stadtrat Geilsdörfer bemängelt zudem, dass die Bushaltestellen in Pleutersbach direkt an der Straße liegen sollen und nicht wie bisher als Bushaltebuchten gebaut werden.

Herr Spitznagel erklärt, dass man hierbei keine Wahlmöglichkeiten habe, da man inzwischen festgestellt habe, dass das Halten von Bussen an der Fahrbahn sicherer sein soll, da andere Fahrzeuge dann nicht an Bussen vorbeifahren dürften.

Zu den Kosten erläutert Herr Spitznagel, dass es sich jeweils um eine Standartausführung handle. Im Tiefbaubereich haben sich die Kosten seit 2022 sehr deutlich erhöht, sodass sich die dargestellten Kosten innerhalb des derzeit üblichen Marktpreises befinden.

Es folgt eine kontroverse Diskussion zum geplanten Fußgängerüberweg in Pleutersbach, der zum Zwecke der barrierefreien Bushaltestellen an einer anderen Stelle angebracht werden muss.

Stadtrat Dr. Polzin ist sich sicher, dass der neue Fußgängerüberweg von der Bevölkerung nicht angenommen werde.

Ortsvorsteher Rupp erklärt, dass man in jedem Fall einen Fußgängerüberweg benötige und sich nur an die neue Verkehrslage gewöhnen müsse.

Auch eine Ampelanlage werde in die Überlegungen einbezogen, sei aber aus derzeitiger Sicht nicht möglich.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen oder Fragen gibt, bittet Bürgermeister Reichert um die Abstimmung.

### **Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme sowie 7 Enthaltungen mehrheitlich für den Beschlussantrag.

#### **Tagesordnungspunkt 8: 2025-058**

Verpachtung Eigenjagdbezirk III "Imberg"

##### **Beschlussantrag:**

1. Der Eigenjagdbezirk III „Imberg“ der Stadt Eberbach wird an die Pachtgemeinschaft Dr. Rainer Dulger und Julian Dulger, beide wohnhaft in 69120 Heidelberg, verpachtet.
2. Ersatzkandidat für die Verpachtung des Jagdbezirks ist der Bieter mit dem nächsthöchsten Angebot.

##### **Beratung:**

Verwaltungsmitarbeiterin Rupp und Forstmitarbeiter Maier erläutern die Beschlussvorlage.

Stadtrat Richter signalisiert, dem Beschlussantrag nicht zuzustimmen, da er mit dem Vertrag nicht einverstanden sei. Er bemängelt zudem, dass die Pachtverträge nicht vorab dem Gremium vorgelegt worden seien.

Seitens der Fraktionen der Freien Wähler und der CDU wird eine andere Meinung geäußert, sie signalisieren Zustimmung.

Es folgt eine weitere Diskussion, ob die Musterpachtverträge des Gemeindetags geeignet seien, gerade im Hinblick auf die Wildschäden.

Bürgermeister Reichert versteht die vorgebrachten Gründe nicht. Wichtiger sei es, dass man mit den Pächtern im Gespräch bleibe und gemeinsam an den Zielen arbeite.

Stadtrat Richter erklärt nochmals, dass man vor allem Einwände bei der Wildschadensregulierung habe, diese würde zum Nachteil der Stadt führen. Aus diesem Grund wollte man vorab die Verträge einsehen und darüber entscheiden.

##### **Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen 15 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich für den Beschlussantrag.

#### **Tagesordnungspunkt 9: 2025-A-01**

Klimaneutralität bis 2035

hier: Anpassung des Klimabeschlusses aus dem Jahr 2021

##### **Beschlussantrag:**

1. Das Ziel der Klimaneutralität der Stadt Eberbach soll mit den Zielen des Landes Baden-Württemberg synchronisiert werden. Dies erhöht zugleich die Chancen auf finanzielle Zuwendungen durch das Land und den Bund zur Zielerreichung und ermöglicht damit der Stadt Eberbach einen größeren finanziellen Spielraum der knappen Mittel für die Pflichtaufgaben bei Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, Straßen, Wasser und Abwasser.
2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, konkrete, realistische und messbare Ziele, in Anlehnung an die Ziele und Definitionen des Landes, auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.
3. Zukünftig müssen alle Klimaschutzmaßnahmen wirtschaftlich sein, der CO2-Schattenpreis kann für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung herangezogen. Eine reine Fokussierung auf CO2-Reduzierung ohne Betrachtung der Kosten oder des Nutzens erfolgt nicht.
4. Zukünftig soll bei allen Planungen auf die – unabhängig von den Anstrengungen Eberbachs, Deutschlands oder Europas – unvermeidbar auf uns zukommenden Folgen der Klimaveränderung geachtet und Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung von der Verwaltung vorgeschlagen und dem Gemeinderat zu Entscheidung vorgelegt werden.

### **Beratung:**

Stadtrat Schulz erläutert für die CDU-Fraktion den Inhalt des Minderheitenantrags.

Es folgt eine Diskussion, bei der sich die Mehrheit des Gremiums darüber einig ist, dass das Entscheidende nicht das angestrebte Datum für die Klimaneutralität sei. Das Ziel sollte weiterhin darin bestehen, so schnell wie möglich alles umzusetzen.

Die Fraktion der CDU erklärt, dass es aus ihrer Sicht unehrlich dem Bürger gegenüber sei, das Ziel der Klimaneutralität bei 2035 zu belassen, obwohl man schon wisse, dass man dies nicht erreichen könne.

Dieser Meinung widerspricht die Mehrheit des Gremiums. Der verabschiedete Meilensteinplan habe sehr detaillierte Vorgaben. Wichtig sei es nun, den dynamischen Prozess weiter zu verfolgen und das so schnell, wie es möglich ist.

Seitens des Gremiums besteht der Wunsch über die Punkte des Antrags einzeln abzustimmen.

Daraus folgen die Abstimmungsergebnisse:

- 1.: Mit 6 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.
- 2.: keine Abstimmung, da obsolet, wird dieser Punkt zurückgezogen
- 3.: Mit 3 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.
- 4.: Mit 6 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

### **Ergebnis:**

Der Minderheitenantrag der CDU-Fraktion wird nach einzelner Abstimmung der Punkte insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

### **Tagesordnungspunkt 10: 2025-A-02**

Neubau der Sporthalle am Steigeschulzentrum Nord

**Beschlussantrag:**

Aufnahme des Neubaus in die Haushaltsklausur für das Jahr 2026 ff. als priorisierte Maßnahme.

**Beratung:**

Bürgermeister Reichert erläutert den Tagesordnungspunkt kurz und erklärt, dass man den Minderheitenantrag der Freien Wähler – Fraktion so aufgefasst habe, dass dieses Thema bei der Klausurtagung beraten werde.

Stadtrat Eiermann bittet darum, bis zur Klausurtagung dazu entsprechend nötiges Datenmaterial zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Stumpf ergänzt, dass vor allem die Belegungspläne vorgelegt werden müssten.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

**Tagesordnungspunkt 11:**

Mitteilungen und Anfragen

**Tagesordnungspunkt 11.1:**

Allgemeine Finanzprüfung - hier: Formeller Abschluss des Prüfungsverfahrens

Stadtkämmerer Wieser informiert darüber, dass nach der Vorstellung des Prüfberichts zur letzten allgemeinen Finanzprüfung sowie der Stellungnahme der Verwaltung zu den Prüfungsbemerkungen, im Gemeinderat am 20.02.2025, die Stellungnahme der GPA und der Kommunalaufsicht vorgelegt worden seien.

Von der Kommunalaufsicht haben wir nun folgende Bestätigung zum formellen Abschluss der Prüfung erhalten:

„Im Einvernehmen mit der GPA wird das o.g. Prüfungsverfahren hiermit für abgeschlossen erklärt und zugleich nach § 114 Abs. 5 Satz 2 GemO die Bestätigung erteilt, dass die im Prüfungsbericht der GPA vom 24.06.2024 getroffenen Feststellungen erledigt sind.“

Des Weiteren informiert Stadtkämmerer Wieser das Gremium darüber, dass die GPA bereits in der kommenden Woche eine weitere Prüfung der zwischenzeitlich erarbeiteten

Jahresabschlüsse beginnen werde. Dabei werden bei der Stadt Eberbach die Jahre 2016 – 2020 und beim Eigenbetrieb SDE die Jahre 2020 – 2023 geprüft.

#### **Tagesordnungspunkt 11.2:**

Beantwortung einer Anfrage - Mobilitätskonzept und Mobilitätspass

Bauamtsleiter Kermbach erklärt, dass man der Bitte von Dr. Polzin aus der Gemeinderatssitzung am 23.09.2024 nachgekommen sei und dem für das Mobilitätskonzept beauftragten Planungsbüro, die Aufnahme des Themas Mobilitätspass mitgeteilt habe.

#### **Tagesordnungspunkt 11.3:**

Beantwortung einer Anfrage - Bau eines Jugendzentrums

Bauamtsleiter Kermbach teilt mit, dass sich Bürgermeister Reichert mit dem Konzept eines Jugendzentrums in Modulbauweise befasst habe und zunächst in nicht öffentlicher Sitzung darüber berichten werde.

Stadtrat Scheurich hatte dies in der Gemeinderatssitzung am 28.11.2024 angeregt.

#### **Tagesordnungspunkt 11.4:**

Beantwortung einer Anfrage - Campingpark Eberbach

Hauptamtsleiterin Steck berichtet, dass die Anfrage aus der Gemeinderatssitzung am 30.01.2025, bei der es um den Sachstand zur Verpachtung des Campingparks ging, mit der Einbringung einer Beschlussvorlage in der öffentlichen Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 17.03.2025 beantwortet worden sei.

Stadtrat Dr. Polzin fragt hierzu nach, ob auch die größeren Gruppen die sich mit ihren Wohnmobilen in Eberbach aufhalten, für die Stellplätze Gebühren zahlen.

Hauptamtsleiterin Steck erklärt, dass diese Gebühren über das Ordnungsamt berechnet werden, da hier auch andere Gebühren, wie z.B. Müllgebühren extra abgerechnet werden würden.

**Tagesordnungspunkt 11.5:**

Sachstand Glasfaserausbau

Stadtrat Schulz bittet um einen aktuellen Sachstandsbericht zum Glasfaserausbau.

**Tagesordnungspunkt 11.6:**

Erneuerung Bahnhofsanzeigetafeln

Stadtrat Schulz erkundigt sich zu neuen Bahnhofsanzeigen zur besseren Orientierung. Bürgermeister Reichert erklärt, dass man bereits dran sei eine Verbesserung zu schaffen. Derzeit werden die Kosten ermittelt, danach würde eine Beschlussvorlage ins Gremium eingebracht werden.

**Tagesordnungspunkt 11.7:**

Friedhof Eberbach - Wasser

Stadtrat Schulz erkundigt sich, ob das Wasser auf dem Friedhof abgestellt worden ist. Scheinbar funktionieren weder die Toiletten, noch die Wasserstationen für die Bepflanzung.

**Tagesordnungspunkt 11.8:**

GRN-Klinik Standort Eberbach - Brief an Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

Stadtrat Stumpf schlägt vor, zum Thema GRN-Klinik Standort Eberbach ein Schreiben im Namen des gesamten Gemeinderats an den Landrat Herrn Dallinger zu senden.

Er verliest sodann den Text des Schreibens:

„Sehr geehrter Herr Dallinger,  
wie der Presse zu entnehmen war (RNZ, Eberbacher Ausgabe vom 06.06.2025) plant der RNK eine Strukturreform der GRN-Kliniken.

Während für die 3 Standorte Sinsheim, Weinheim, Schwetzingen bereits ein neues Konzept mit Schwerpunkten vorliegt, gibt es für Eberbach ein solches Konzept nicht.

Das beunruhigt uns, den Gemeinderat der Stadt Eberbach sehr, denn es ist zu befürchten, dass sich diese Strukturreform nachteilig auf den Klinikstandort Eberbach auswirken könnte.

Deshalb erwarten wir, dass Sie als Landrat und Aufsichtsratsvorsitzender der GRN-Kliniken die Planungen für das Klinikum Eberbach transparent machen und zeitnah den Eberbacher Gemeinderat, aber auch die beunruhigten Eberbacher Bürgerschaft darüber informieren, was die Strukturreform der GRN-Kliniken für das Krankenhaus Eberbach bedeuten.“

Stadtrat Stumpf erklärt, wenn alle mit der Vorgehensweise einverstanden seien, würde dieses Schreiben seitens der Verwaltung versendet werden.

Seitens des Gremiums wird dies befürwortet. Stadtrat Schottmüller enthält sich bei dieser Abstimmung.

#### **Tagesordnungspunkt 11.9:**

Leopoldsplatz - Entfernung von Glasscherben

Stadträtin Haaß bemängelt, dass der Leopoldsplatz, besonders im Bereich der Fahrradständer, seit dem Fastnachtsumzug noch nicht gänzlich von Glasscherben befreit ist.

#### **Tagesordnungspunkt 11.10:**

Sachstand Bebauungsplan Güterbahnhofstraße

Stadtrat Richter erkundigt sich nach dem Sachstand des Bebauungsplans in der Güterbahnhofstraße. Hierzu finde man keine Informationen.

Bauamtsleiter Kermbach erklärt, dass in der Güterbahnhofstraße zunächst das Regenüberlaufbecken gebaut werden müsse. Erst danach könne auch der Bebauungsplan weiter geplant und beschlossen werden.

Für den Bau des Regenüberlaufbeckens sei eine Förderung abgelehnt worden, man möchte jedoch weiter versuchen eine Förderung hierfür zu erhalten.

#### **Tagesordnungspunkt 11.11:**

Fehlende Sitzungsprotokolle

Stadtrat Richter bemängelt, dass noch ein paar Protokolle des Gemeinderats aus dem Jahr 2024 fehlen.

Hauptamtsleiterin Steck erklärt, dass dies leider der vorgezogenen Bundestagswahl und der damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben geschuldet sei.

#### **Tagesordnungspunkt 11.12:**

Sachstand Quartierskonzept

Stadtrat Stumpf möchte den aktuellen Sachstand zum Quartierskonzept wissen.

Bauamtsleiter Kermbach erklärt, dass derzeit die Nachbesserungen aus der letzten Besprechung in das Konzept eingearbeitet werden.

#### **Tagesordnungspunkt 11.13:**

Vermietung Jugendzeltplatz

Stadtrat Stumpf erkundigt sich, ob der Jugendzeltplatz zum 01.04.2025 wieder in Betrieb gehe.

Hauptamtsleiterin Steck stimmt dem zu und erklärt, dass man einen neuen Platzwart gefunden habe und es eine erste Buchung im Mai gebe.